

2. August 2006

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Internationaler Gedenktag der Sinti und Roma in Auschwitz

62. Jahrestag der Mordaktion der SS am 2. August 1944

Holocaust-Überlebende fordern Bau des Denkmals für Sinti und Roma in Berlin

25 KZ-Überlebende der Sinti und Roma aus Deutschland nehmen heute unter Leitung des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, an der jährlichen internationalen Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die vor 62 Jahren in Auschwitz-Birkenau ermordeten Sinti und Roma teil. Aufgrund Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 deportierte die SS 23 000 Sinti und Roma familienweise aus elf Ländern Europas in das Vernichtungslager. Am 2. August 1944 ermordete die SS dort in den Gaskammern die letzten 2900 Sinti und Roma - Kinder, ihre Mütter und Alte. Zuvor von SS-Ärzten noch als "arbeitsfähig" selektierte 3000 Sinti und Roma kamen als Sklavenarbeiter in andere Konzentrationslager wie Buchenwald und Ravensbrück. Im besetzten Europa wurden 500 000 Roma und Sinti Opfer des Holocaust.

Der Verband der polnischen Roma erwartet zu der um 11.45 Uhr beginnenden Veranstaltung mehrere hundert Sinti und Roma aus vielen Ländern Europas. Als Sprecherin der deutschen Holocaust-Überlebenden kritisierte Luise Bäcker (75) aus Biedenkopf/Hessen in ihrer Rede die erneute Verzögerung der Errichtung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma beim Reichstag. Sie habe ein Recht darauf, zusammen mit anderen KZ-Überlebenden an der Einweihung des Denkmals in Berlin teilnehmen zu können, sagte Luise Bäcker, die die Konzentrationslager Auschwitz, Ravensbrück, Mauthausen und Bergen-Belsen überlebte.

Romani Rose bezeichnete die jüngste Verzögerung als "völlig unverständlich". Nach seiner Einigung mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann am 8. Mai 2006 und nach der vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma am 12. Juni vorgelegten Chronologie mit historischen Daten, Fotos und Dokumenten über den Völkermord habe Neumanns Ministerialdirektor Prof. Hermann Schäfer einen für den 17. Juli vereinbarten Gesprächstermin wegen angeblich fehlender Vorbereitung durch die "Fachabteilung" wieder abgesagt. Mehrfache Nachfragen hätten bisher zu keiner neuen Terminzusage geführt, kritisierte Rose.

Die Reise der deutschen Delegation zu dem Internationalen Gedenktag in Auschwitz wurde von der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" und vom Auswärtigen Amt gefördert.